

Zurück in die Zukunft:

Für klare Strukturen in Lehre und Forschung

Mit einem Fokus auf Universitäten und Fachhochschulen schildert der Beitrag aus einer Helikopter-Perspektive die Strukturen für Lehre und Forschung in Deutschland. Sein Ziel ist es, aus der heutigen Situation Vorschläge für eine zukünftige Struktur abzuleiten.

Betrachtet werden ausschließlich öffentlich finanzierte Einrichtungen. Seit einiger Zeit existieren in Deutschland auch private Hochschulen. Es gibt eine Reihe von privaten Fachhochschulen, die teilweise sehr erfolgreich sind. Private Universitäten sind selten und in der Regel weniger erfolgreich. Private Forschung findet in Unternehmen statt. Ihr Umfang ist insgesamt deutlich größer als der der öffentlich finanzierten, er ist im langfristigen Trend jedoch eher rückläufig.

Einige der Aussagen, insbesondere zum Verhältnis zwischen Fachhochschulen und Universitäten, treffen naturgemäß nicht auf solche Studiengänge zu, die nur an Universitäten angeboten werden, wie z.B. Theologie, Medizin und Jura. Hierzu wären besondere Überlegungen erforderlich.

Obwohl die Frage, welcher private Anteil in Lehre und Forschung sinnvoll und erreichbar ist, durchaus eine intensivere Diskussion verdienen würde, kann hier nicht darauf eingegangen werden. Auch berührt der Beitrag nur in einigen wenigen Punkten Finanzierungsaspekte oder Standortfragen.

1. Rückblick

Die öffentliche Lehre und Forschung ruht in Deutschland auf drei Säulen:

- den ca. 200 Fachhochschulen,
- den ca. 100 Universitäten
- und der außeruniversitären Forschung.

Landesfinanzierte **Fachhochschulen** gibt es seit 1968 in großer Zahl. Ziel war es damals, möglichst vielen Menschen ein Studium zu ermöglichen. Es sollte den von der Wirtschaft geforderten Praxisbezug aufweisen und schnell sowie kostengünstig zu einem Abschluss führen. Der Fachhochschulabschluss sollte bereits nach sechs Semestern erreicht werden können. Die Anwendungsorientierung sollte durch integrierte Praxissemester gefördert werden.

Forschung sah das Konzept an Fachhochschulen gar nicht oder nur in geringem Umfang vor, da eine entsprechende Grundausstattung nicht realisierbar war. Der damit vorgegebene Schwerpunkt in der Lehre hatte entsprechende Folgen für die Personalstruktur. Alle Fachhochschullehrer erhielten zwar den Professorenstatus, ihre Besoldung erfolgte jedoch in der Regel nur nach der damaligen Kategorie C2, in

Ausnahmefällen nach C3. Die Kategorie der nach C4 besoldeten („ordentlichen“) Professoren blieb den Universitäten vorbehalten. Außerdem wurde das Lehrdeputat von Fachhochschulprofessoren mit 18 Semesterwochenstunden (SWS) deutlich höher als das von Universitätsprofessoren (8 SWS) festgesetzt. Wegen der fehlenden Forschungskomponente wurde ein „Mittelbau“ aus wissenschaftlichen Mitarbeitern konsequenterweise nicht vorgesehen.

Der wichtigen Komponente des Praxisbezuges wurde dadurch Rechnung getragen, dass ein Fachhochschulprofessor vor seiner Berufung eine mindestens fünfjährige berufliche Praxis nachweisen musste, davon mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs.

Das so definierte Fachhochschulkonzept bewährte sich. Der damals reichlich unübersichtliche tertiäre Sektor war damit zugunsten eines klar differenzierten zweigeteilten Systems neu gegliedert. Nicht nur die Kunden (die Wirtschaft) sondern auch die Nutzer (die Studierenden) zeigten sich hoch zufrieden, denn das System war leicht zu verstehen und präsentierte den Studienanfängern eine klare Alternative zu einem Universitätsstudium.

Die ebenfalls landesfinanzierten **Universitäten** blicken in Deutschland auf eine lange und überaus erfolgreiche Geschichte zurück. Mit dem humboldtschen Ideal, der Einheit von Lehre und Forschung galt das deutsche Universitätssystem lange als vorbildlich für andere Länder. Diesen Status hat es in den vergangenen Jahrzehnten verloren.

Im Vergleich zu den Fachhochschulen ist das Studium an einer Universität stärker wissenschaftlich methodisch ausgerichtet, vor allem sollen theoretisches Wissen und (technische) Grundlagen vermittelt werden. Das Studium ist anspruchsvoller und dauert deshalb in der Regel länger. Nicht zuletzt ist es die Aufgabe der Universitäten, ihren eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden.

Die Forschung an Universitäten ist sowohl grundlagen- als auch auf hohem Niveau anwendungsorientiert. Sie erfolgt auf der Basis einer soliden Grundausstattung an wissenschaftlichen Mitarbeitern und Geräten. Ihre Ergebnisse fließen entsprechend dem humboldtschen Ideal zurück in die Lehre und ermöglichen den Studierenden einen frühen Anschluss an den aktuellen Stand der Forschung im gewählten Fach.

Die überwiegend bundesfinanzierte **außeruniversitäre Forschung** ist in Deutschland vielfältig gegliedert, hin und wieder ist auch von einer Versäulung die Rede, da sich in den vergangenen Jahrzehnten eine gewisse Aufgabenverteilung eingestellt hat. Die Säulen der außeruniversitären Forschung sind:

- die Max-Planck-Gesellschaft (MPG),
- die Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungseinrichtungen,
- die Fraunhofer-Gesellschaft,
- die Leibniz-Gemeinschaft
- sowie die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes und der Länder.

Die hervorragend ausgestatteten 82 **Max-Planck-Institute** betreiben Grundlagenforschung in den Natur-, Bio-, Geistes- und Sozialwissenschaften auf hohem Niveau. Seit Gründung der MPG im Jahre 1948 finden sich 18 Nobelpreisträger in den Reihen ihrer Wissenschaftler.

Die **Helmholtz-Gemeinschaft** betreibt in 18 großen Zentren strategisch-programmatisch ausgerichtete Spitzenforschung in den Bereichen Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit, Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr, Schlüsseltechnologien sowie Materie.

Mit 66 Instituten und anderen Einrichtungen ist **Fraunhofer** die größte Forschungsorganisation für anwendungsorientierte Forschung in Europa. Ihre Forschungsfelder konzentrieren sich auf Gesundheit, Sicherheit, Kommunikation, Mobilität, Energie und Umwelt.

Die 89 Institute der **Leibniz-Gemeinschaft** betreiben neben Dienstleistungsaufgaben Forschung in fünf Sektionen: Geisteswissenschaften und Bildungsforschung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Raumwissenschaften, Lebenswissenschaften, Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften und Umweltwissenschaften.

Unter **Ressortforschung** werden die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Bundes- und Landesministerien zusammengefasst. Dazu existieren teilweise eigene nachgeordnete wissenschaftliche Fachbehörden. Themen und Strukturen sind vielfältig. Ein Überblick kann hier nicht gegeben werden.

2. Lage

Das vergangene Jahrzehnt war in der (tertiären) Lehre und Forschung von Konvergenzbestrebungen geprägt. Die Fachhochschulen wurden immer mehr den Universitäten gleichgestellt, durch Fusionen wurden nach dem Scheitern der Gesamthochschulidee in Einzelfällen Fachhochschulen zu Universitäten aufgewertet (Lüneburg, Cottbus). Weiterhin gab es erste Versuche, die außeruniversitäre Forschung stärker mit den Universitäten zu verschränken (JARA) oder sogar zu fusionieren (KIT). Im unmittelbaren Bereich der Universitäten wurde dagegen auf Differenzierung gesetzt, Qualitätsunterschiede sollten deutlich gemacht werden, Profilierung statt Universitas wird eingefordert (Bundesuniversitäten, Exzellenzinitiative, Rankings, Evaluationen).

Es darf die Frage gestellt werden, ob diese Trends – bzw. welche von ihnen – wirklich zukunftsfähig sind. Dazu erscheint es sinnvoll, die Lage zunächst einmal etwas detaillierter zu betrachten.

Die **Fachhochschulen** sind in der Vergangenheit stark gefördert worden, ob es sich immer um eine Aufwertung gehandelt hat, mag man in Frage stellen, drohen sie doch das, was sie ausgemacht hat, mehr und mehr zu verlieren. Es begann mit der Angleichung der vergebenen Grade (Ing. (grad) -> Dipl.-Ing. (FH) -> Dipl.-Ing.). 1985 wurde die (anwendungsorientierte) Forschung gesetzlich als Aufgabe von Fachhochschulen definiert und es fand ein intensiver Ausbau statt. Seit Bologna ist ein echter konzeptioneller Unterschied zwischen Fachhochschul- und Universitätsstudiengängen zumindest für Außenstehende nicht mehr erkennbar, er ist auch Studieninteressierten kaum zu vermitteln. Bachelor- und Masterstudiengänge werden an beiden Hochschulformen angeboten und grundsätzlich als gleichwertig angesehen. Der wichtige Praxisbezug ist inzwischen weitgehend verloren gegangen, da immer mehr habilitierte Doktoranden, die das

Leben in der Praxis gar nicht oder nur sehr kurze Zeit kennen gelernt haben, zu Fachhochschulprofessoren berufen werden.

Die (scheinbaren) Gleichstellungsbemühungen mit den Universitäten sind auch in der Namensgebung zu erkennen. So nennen sich viele Fachhochschulen inzwischen auf Englisch „University of Applied Sciences“, da dies auf Deutsch (noch) nicht erlaubt ist. In vielen Bundesländern tragen inzwischen alle den Namen „Hochschule“, was zu der absurden Situation führt, dass zwar alle Fachhochschulen Hochschule heißen, aber längst nicht alle, die den Namen Hochschule tragen, Fachhochschulen sind (z.B. die Medizinische Hochschule Hannover). Die letzte von den Universitäten verteidigte Bastion scheint das Promotionsrecht zu sein. Wann es fallen wird, ist derzeit in den Ländern umstritten.

Im vergangenen Jahrzehnt fand die Stärkung der Fachhochschulen insbesondere über den Hochschulpakt von Bund und Ländern statt, dessen Mittel überwiegend in die Fachhochschulen flossen. Inzwischen sind diese Mittel (ausschließlich für die Fachhochschulen!) verstetigt worden. Diverse Programme zur Förderung der Forschung an den Fachhochschulen wurden aufgelegt, ohne dass jedoch an die notwendigen strukturellen Änderungen gedacht wurde.

Gegen eine Konvergenz von Universitäten und Fachhochschulen – wenn Sie denn als sinnvoll erkannt würde – wäre ja im Grunde nichts einzuwenden. Nur: Das Geld, das nötig wäre, um die Fachhochschulen personell und materiell auf universitäres Niveau zu bringen, ist in keinem Etat dieses Landes vorhanden. So ist ein bewährtes Differenzierungsmodell verloren gegangen.

Im Bereich der **Universitäten** ist derzeit ein starker Profilierungsprozess zu beobachten. Er ist geprägt von der generellen Knappheit der Ressourcen sowie aktuell von den Auswirkungen der Exzellenzinitiative. Schlagworte wie „Eliteuniversitäten“ oder „Lehr- bzw. Forschungsuniversitäten“ machen die Runde, „Eliteclubs“ wie TU9 oder U15 etablieren sich.

In der Tat steht es um die Grundfinanzierung der deutschen Universitäten nicht gut. Nach einem von aufeinanderfolgenden Sparprogrammen geprägten Jahrzehnt 1994-2004 (in Niedersachsen: Hochschulstrukturkonzept (1995: - 24 Mio. Euro dauerhaft), Innovationspakt I (1997: - 27 Mio. Euro dauerhaft), Innovationspakt II (2000: - 26 Mio. Euro einmalig), Hochschuloptimierungskonzept (2004: - 50 Mio. Euro dauerhaft)). Seit 2005 ist die Grundfinanzierung der Universitäten im wesentlichen unverändert, in Niedersachsen werden erfreulicherweise wenigstens die Tarifierhöhungen für das Personal zusätzlich gewährt. Wegen der in diesem Zeitraum noch zunehmenden Studierendenzahlen prägen heute nach wie vor Massenuniversitäten mit im internationalen Vergleich extrem schlechten Betreuungsrelationen das Bild. Als Folge davon ist Spitzenforschung nur noch selten an den Universitäten anzutreffen. Dies kann an der Liste der Nobelpreisträger der vergangenen Jahrzehnte abgelesen werden.

Ein Grund dafür ist die ebenfalls seit 2005 stattfindende besondere Förderung der **außeruniversitären Forschung** durch den Bund. In den Jahren 2006 bis 2010 stiegen die Etats der außeruniversitären Forschungsinstitutionen im Rahmen des so genannten Paktes für Forschung und Innovation um jährlich 3 %, in den Jahren 2010 bis 2015 sogar um jährlich 5 %, d.h. die Budgets sind in dieser Zeit fast um die Hälfte gewachsen. Die Grundbudgets der Universitäten sind in dieser Zeit unverändert geblieben, über die Exzellenzinitiative und den Hochschulpakt wurden lediglich

befristete Mittel zur Verfügung gestellt. Die damit verbundenen Antrags- und Begutachtungsverfahren haben die Universitäten erheblich belastet. Diese Ungleichbehandlung von außer- und inneruniversitärer Forschung erscheint höchst unfair und kaum begründbar. Die sich hier seit zehn Jahren öffnende Schere hat für die Universitäten eine fatale Wirkung.

Die katastrophalen Betreuungsrelationen haben sich nicht verbessert und in der Forschung ist eine extreme Drittmittelabhängigkeit eingetreten. Da Drittmittel die einzige Möglichkeit waren, um zu wachsen oder zumindest den Standard zu halten, haben die Universitäten ihr Drittmittelvolumen beträchtlich gesteigert. Forschungsstarke Hochschulen haben ihre Drittmittelerträge seit 2005 mindestens verdoppelt. Dieses Wachstum stößt jedoch an Grenzen, da über Drittmittel in der Regel nur eine Zusatzausstattung finanziert werden kann und der Drittmittelgeber eine adäquate Grundausstattung voraussetzt bzw. diese sogar zur Bedingung für die Förderung macht. Dieser Weg lässt sich auf Dauer nicht fortsetzen. Problematisch ist auch der hohe Antragsaufwand, der zu erbringen ist. Da immer mehr Anträge gestellt werden, sinkt die Erfolgsquote, was wiederum zu erhöhtem Aufwand führt.

Wie schon angedeutet, ist die außeruniversitäre Forschung in einer sehr viel komfortableren Situation. Sie hat sich im vergangenen Jahrzehnt in den verschiedenen Organisationsformen (MPG, Helmholtz, Fraunhofer) gut profiliert und voneinander abgegrenzt. Lediglich die Leibniz Gemeinschaft, die aus den Instituten der so genannten Blauen Liste entstanden ist, hat noch Profilierungsbedarf. Problematisch erscheint auch das große Spektrum der Ressortforschung. Insbesondere bei den länderfinanzierten Instituten ist häufig keine klare Strategie erkennbar. In manchen Fällen machen sich unterschiedliche Ministerien eines Landes bei der Institutsförderung Konkurrenz.

3. Maßnahmen

Aus den Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts lässt sich ein Fazit in vier Punkten ableiten:

1. Die vorrangige Förderung der Fachhochschulen hat – gewollt oder nicht – einen Trend zur Konvergenz verursacht.
2. Die Studierendenzahlen haben zugenommen, eine dringend erforderliche Verbesserung der Betreuungsrelationen konnte nicht erreicht werden.
3. Forschung an Universitäten ist nahezu ausschließlich von der Einwerbung von Drittmitteln abhängig geworden.
4. Die außeruniversitäre Forschung hat sich dank ihrer Bundesförderung positiv entwickelt. Bestrebungen, auch hier in der Breite zu einer Konvergenz mit den Universitäten zu kommen, sind denkbar, erscheinen aber – von Ausnahmefällen abgesehen – unrealistisch.

Der eingeschlagene Weg sollte nicht fortgesetzt werden. Stattdessen wird hier für klare, auch für den Außenstehenden verständliche Strukturen plädiert. Ziel muss es zum einen sein, die Lehre so zu verbessern, dass die nach wie vor steigenden Übergangsquoten in das Hochschulsystem bewältigt werden können und den berechtigten Forderungen der Wirtschaft und der öffentlichen Institutionen nach adäquater akademischer Ausbildung entsprochen werden kann. Vor dem Hintergrund der Abhängigkeit unseres Landes von seinen Forschungsleistungen

– insbesondere seiner Ingenieure – muss aber zum anderen auch die Qualität der Forschung an den Universitäten gesichert werden.

Der Weg zu mehr Konvergenz sollte verlassen werden. Fachhochschulen generell zu Universitäten aufzuwerten, ist eine Illusion, die nicht bezahlbar ist. Auf der anderen Seite schädigt Etikettenschwindel das Ansehen sowohl des Fachhochschulsystems als auch des deutschen Hochschulsystems insgesamt.

Natürlich sollte es auch nicht zu einer „Verfachhochschulung“ der Universitäten kommen. Universitäten sollen und können neben ihrem allgemeinen Bildungsauftrag allenfalls zu einer Beschäftigungsfähigkeit in einem weiteren beruflichen Umfeld (so HRK und Kultusministerkonferenz), nicht jedoch zu einem „in der Regel berufsqualifizierenden Abschluss“ befähigen.

Aus den dargestellten Überlegungen ergibt sich ein Szenario, wie es plakativ in Bild 1 dargestellt ist.

Die **Fachhochschulen** sollten sich auf die anwendungsorientierte akademische Lehre konzentrieren. Sie bilden kostengünstig den Nachwuchs für die Wirtschaft und für öffentliche Institutionen aus. Dazu bieten sie berufsqualifizierende sechsemestrige Bachelor-Studiengänge in spezifischen Ausprägungen an. Nur in Ausnahmefällen bieten sie ebenfalls spezifische weiterbildende viersemestrige Masterstudiengänge an (vgl. Bild 2). Der Regelabschluss an einer Fachhochschule ist der Bachelor.

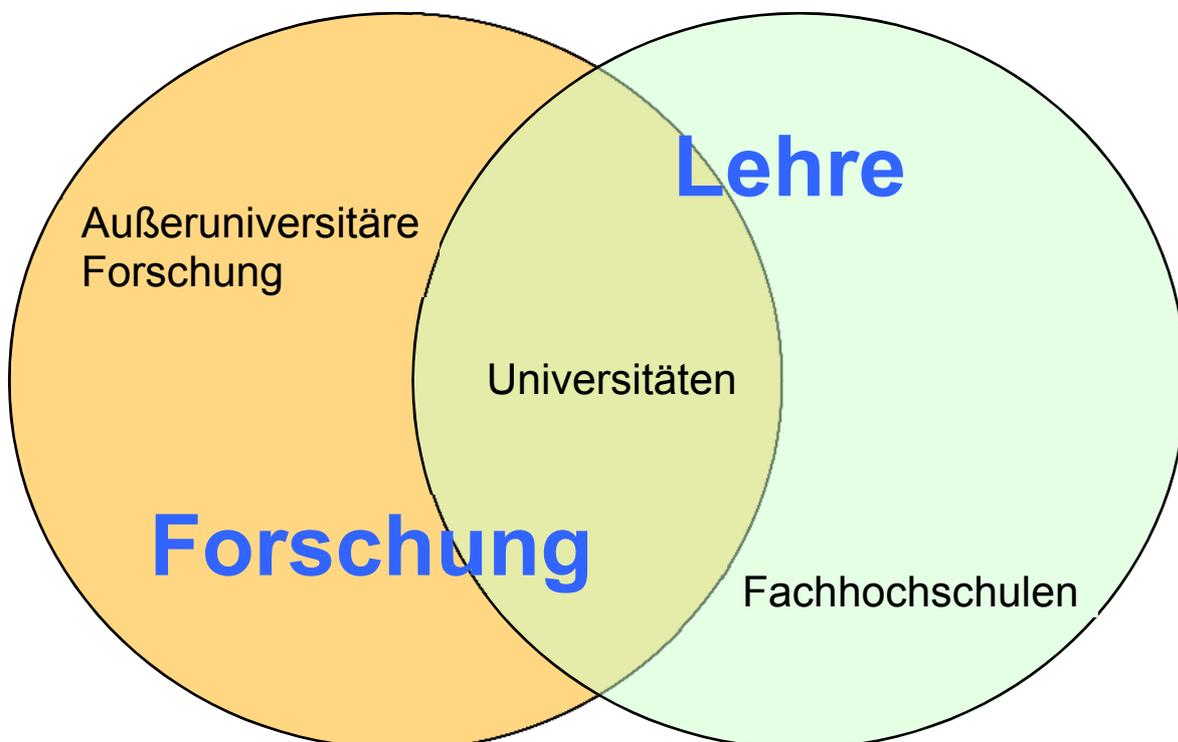


Bild 1: Klare Strukturen in Lehre und Forschung

Die Fachhochschulen sollen damit auf keinen Fall abgewertet werden. Im Gegenteil: Die Formel, dass beide Hochschularten als Ausbildungseinrichtungen für den Arbeitsmarkt durchaus gleichwertig, in ihrer Profil- und Schwerpunktbildung aber nicht gleichartig sind, hat nach wie vor ihre Gültigkeit und die Universität Bayern e.V. hat recht, wenn sie schreibt: „Wenn andere europäische Länder gegenwärtig daran denken, ein ähnlich gegliedertes System aufzubauen, beweist das nur die Richtigkeit des gegliederten Hochschulsystems in Deutschland.“

Mit dem klaren Schwerpunkt in der Lehre differenzieren sich die Fachhochschulen von den Universitäten, mit denen sie in der Forschung – soweit dafür eine entsprechende Ausstattung vorhanden ist – durchaus zusammenarbeiten. In solchen Kooperationen ist auch die Promotion von Fachhochschulabsolventen problemlos regelbar. Enge Forschungsk Kooperationen sollten die Fachhochschulen auch zukünftig mit Wirtschaftsunternehmen pflegen.

Die deutschen **Universitäten** sollten sich wieder auf das humboldtsche Bildungsideal, der Einheit von Lehre und Forschung, besinnen können. Nur mit höchster Lehrqualität und herausragenden Forschungsleistungen wird unser Land in der Lage sein, seine Spitzenposition in zahlreichen Bereichen der Technik aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig ist die Einheit von Lehre und Forschung auch eine Voraussetzung für die besondere Stellung der Geisteswissenschaften, die das Land stets ausgezeichnet hat. Sie sollte bewahrt werden.

Dieses Ziel wird aber – ausgehend von einer mehr oder weniger konstanten öffentlichen Finanzierung – nur dann zu erreichen sein, wenn es den Universitäten ermöglicht wird, die Qualität von Lehre und Forschung zu steigern. In der **Lehre** ist dazu erforderlich, die Kapazitätsverordnung abzuschaffen. Sie zwingt die Universitäten, eine rechnerisch ermittelte Zahl von Studierenden aufzunehmen. Jede Ausstattungsverbesserung führt zu einer höheren Studierendenzahl und damit zu konstant schlechten Betreuungsrelationen. Studierendenzahlen sollten stattdessen zwischen den Universitäten und den zuständigen Ministerien in Zielvereinbarungen ausgehandelt werden. Damit kann die Qualität der Lehre zielgerichtet reguliert werden. Insgesamt müssen die Betreuungsrelationen sinken, damit die Qualität der Lehre auch im Durchschnitt über alle Fächer verbessert werden kann. Dann würden endlich auch die Abbrecherquoten sinken. Da sich an der Ausstattung aufgrund leerer öffentlicher Kassen und der bevorstehenden Schuldenbremse nichts Wesentliches verändern wird, bedeutet die Verbesserung der Betreuungsrelationen eine Absenkung der Studierendenzahlen an den Universitäten zugunsten der Fachhochschulen.

Die geforderte Abschaffung der Kapazitätsverordnung stellt zugegebenermaßen eine Herausforderung dar, da das Bundesverfassungsgericht eine erschöpfende Nutzung der Lehrkapazitäten gefordert hat. Sicher ist hier aber ein gewisser Kreativitätsspielraum bei der Definition von „Lehrkapazität“ denkbar. Bei nicht mit einem Numerus Clausus belegten Studiengängen stellt sich die Situation ohnehin anders dar, hier könnte man die Lehrqualität durch Senkung der Betreuungsrelationen ohne weiteres verbessern, anstatt die Fächer zum Kapazitätsabbau wegen Unterauslastung zu drängen.

Ziel der Lehre an einer Universität sollte eine wissenschaftliche, forschungsorientierte Ausbildung sein, die zu einer Tätigkeit in der Wissenschaft selbst oder in Forschung und Entwicklung von Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen qualifiziert. Dazu bieten die Universitäten achtsemestrige grundlegende Bachelor-

Studiengänge an, die durchaus auch berufsqualifizierend sind, jedoch im Vergleich zu Fachhochschulen einen relativ geringen Spezialisierungsgrad aufweisen. Daran schließen sich viersemestrige vertiefende Masterstudiengänge an, die stark forschungsorientiert sind (Bild 2). Der Regelabschluss an einer Universität ist der Master.

Studiengänge	Fachhochschule	Universität
Bachelor	spezifisch, 6 Semester	grundlegend, 8 Semester
Master	spezifisch, 4 Semester, als Ausnahme	vertiefend, 4 Semester, forschungsorientiert

Bild 2: Differenzierung der Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten

In der **Forschung** sollten die finanziellen Randbedingungen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung angeglichen werden, d.h. konkret, dass der mögliche Zuwachs aus Bundesmitteln beiden Einrichtungen zugute kommen muss. Wichtig ist auch, dass ein entsprechender Betrag für den Aufwuchs der Grundfinanzierung zur Verfügung gestellt werden muss und die Mittel nicht ausschließlich antragsabhängig vergeben werden. Es würde den deutschen Universitäten schon sehr helfen, wenn die Hälfte der zurzeit antragsabhängig vergebenen Mittel für Hochschulpakt und Exzellenzinitiative für die Verbesserung der Grundausstattung zur Verfügung stünde. Dies würde die Antragsflut reduzieren und die immer stärker werdende Drittmittelabhängigkeit mit ihren negativen Folgen, u.a. auch für die Laufzeit von Arbeitsverträgen, deutlich reduzieren.

Durch eine Gleichstellung beim Grundfinanzierungsaufwuchs würden sich gewiss auch die Kooperationskultur zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung weiter verbessern, da die Universitäten nicht länger die Rolle des armen Nachbarn übernehmen müssten.

Die **außeruniversitäre Forschung** hat sich gut etabliert. Kooperationen mit Universitäten sind sinnvoll, eine Konvergenz dagegen erscheint wegen der höchst unterschiedlichen Personalstruktur und ihrer Finanzierung (Bund/Land) zumindest unrealistisch. Die Konzentration auf die Forschung sollte nicht aufgegeben werden. Insofern sollte die Beteiligung an der universitären Lehre auf das bisher Übliche beschränkt bleiben und die weitere Kooperation in der Forschung dadurch gefördert werden, dass das Promotionsrecht bei den Universitäten verbleibt. Das Mittel der gemeinsamen Berufungen sollte sinnvoll dosiert verwendet werden, ein inflationärer Gebrauch ist eher schädlich.

Klare Strukturen sind in jedem Unternehmen – und auch in der Politik – ein entscheidender Vorteil im Wettbewerb. Klare Strukturen würden auch für Lehre und Forschung in Deutschland neue Kraft für den internationalen Wettlauf im Wissenschaftsbereich frei setzen. Wir hätten sie nötig.